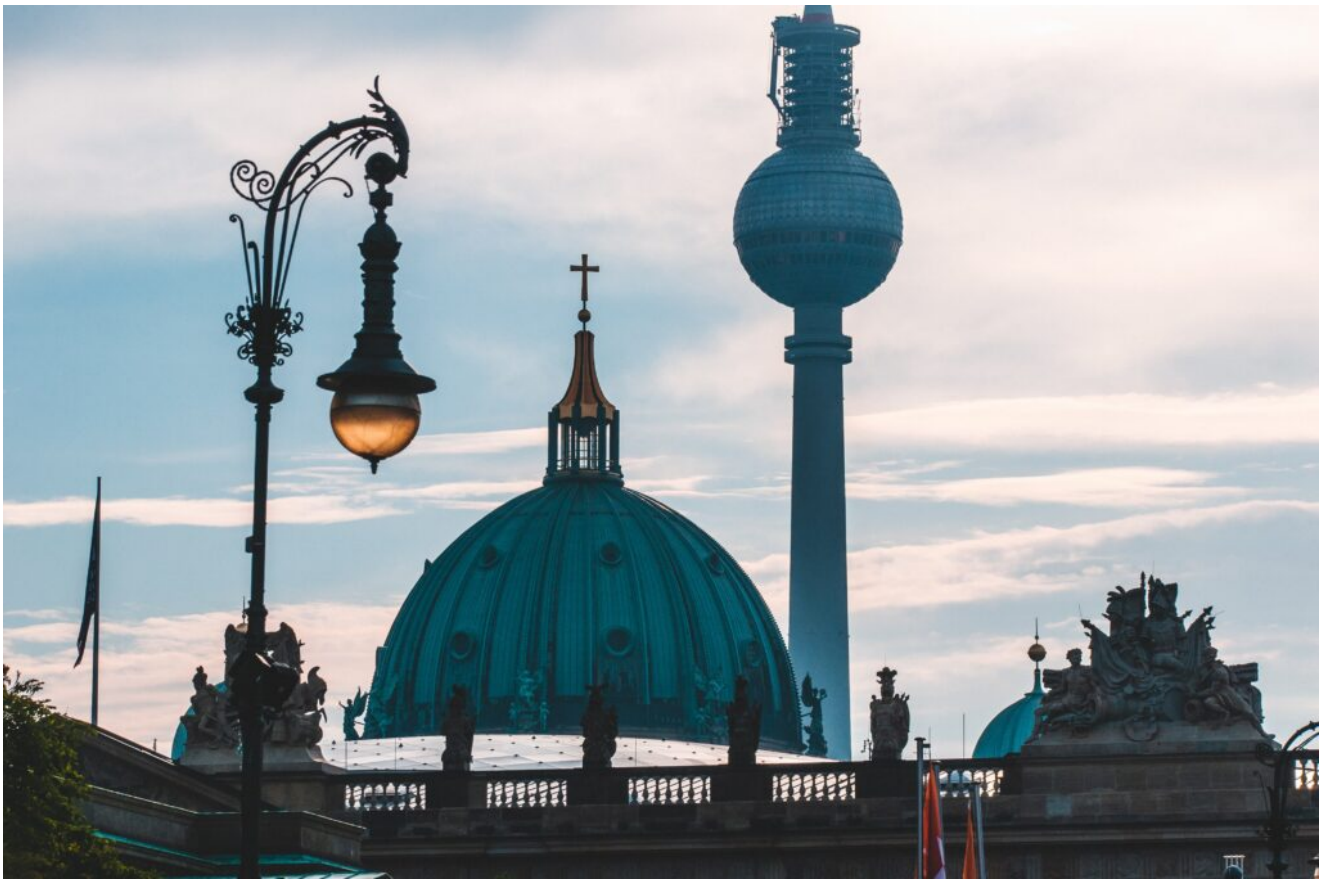
Islamverbände verurteilen CSD-Anschlag – Ruf nach Anerkennung Queerer

28. Juli 2026



Gegen Gewalt, für Zusammenhalt: Mehrere Islamorganisationen beziehen nach dem Anschlag auf den CSD Stellung und
verurteilen die Tat. Gemeinden könnten aber auch Teil des Problems sein, sagt ein Islamwissenschaftler.

Köln/Hamburg (KNA) Mehrere Islamverbände haben den mutmaßlich islamistischen Anschlag auf den Christopher Street Day (CSD) in Berlin verurteilt. Der Münsteraner islamische Theologe Mouhanad Khorchide nimmt die Moscheegemeinden in die Pflicht und sieht in dem Anschlag einen Anlass, über die Anerkennung queerer Menschen zu sprechen: Es werde in Gemeinden sehr abwertend über Homosexualität gesprochen. Die Türkische Gemeinde in Deutschland betonte, sie solidarisiere sich „uneingeschränkt“ mit der queeren Community

Der Moscheeverband Ditib, der Zentralrat der Muslime in Deutschland und der Rat der Islamischen Gemeinschaften Hamburg (Schura) zeigten sich erschüttert. Die Organisationen warnten vor einer Instrumentalisierung von Religion.

„Extremisten schrecken nicht davor zurück, Gewalt gegen Menschen auszuüben, die

aufgrund ihrer Identität, ihrer Überzeugungen oder ihrer Lebensführung angefeindet werden, um Angst und Spaltung in der Gesellschaft zu säen“, teilte der Ditib-Bundesverband am Montag mit. „Solche Taten stehen in unvereinbarem Widerspruch zu den Grundwerten unserer Religion sowie zu den Prinzipien unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates.“

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland äußerte sich ähnlich. Sollte es sich tatsächlich um eine islamistische Tat handeln, dann sei Religion für Hass und Gewalt missbraucht worden.

Auch die Schura verurteilte die Tat. „Unterschiedliche Überzeugungen dürfen niemals Gewalt oder Menschenfeindlichkeit rechtfertigen“, sagte der Vorsitzende Fatih Yildiz am Sonntag bei einer Gedenkveranstaltung in Hamburg.

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoglu, kritisierte: „Eine Politik, die rechte Gewalt verharmlost, die queere Themen nicht ernst nimmt, queere Organisationen durch Mittelkürzungen unsichtbar macht oder die Community nur aus Kalkül adressiert, bestärkt Rechtsextremisten und Islamisten in ihren Gedanken und Taten.“

Nötig seien wirksame Präventions- und Demokratiearbeit gegen Radikalisierung und gegen Queerfeindlichkeit. „Wir erwarten jetzt klare Reaktionen zum Schutz und zur Stärkung queerer Organisationen.“

Mit dem englischen Wort queer bezeichnen sich Menschen, die nicht heterosexuell sind oder deren geschlechtliche Identität nicht mit gesellschaftlichen Rollenbildern übereinstimmt. Unter ihnen sind Personen mit gleichgeschlechtlicher Orientierung die wohl größte Gruppe.

Am Samstagabend war nach der CSD-Parade in Berlin ein Auto in die Menschenmenge am Tiergarten gefahren. Dabei
wurde eine Person getötet, mindestens 29 weitere teils schwer verletzt. Der mutmaßliche Täter wurde später bei einem Polizeizugriff erschossen. Er soll in der Vergangenheit mehrfach versucht haben, sich im Ausland der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) anzuschließen.

Khorchide sagte der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) an die Adresse von Moscheegemeinden, es brauche Schritte hin zu Anerkennung von Vielfalt auch in Richtung Sexualität, Diversität und queeres Leben. „Ansonsten sind auch die Moscheegemeinden Teil des Problems und nicht der Lösung.“

Das „Mindset“ des 21-jährigen mutmaßlich islamistischen Attentäters finde sich so und in abgewandelter Form auch in Moscheegemeinden wieder, sagte Khorchide. Auch dort gebe es die Ansicht, dass queere Menschen in Sünde lebten und dem Plan Gottes widersprächen. Diese Einstellungen in traditionellen Moscheegemeinden fütterten islamistisches Gedankengut. Das könne sich in den Köpfen von Islamisten zu der gewaltvollen Idee weiterentwickeln, dass es gottgewollt sei, ein Attentat gegen diese Menschen zu verüben.

Gleichzeitig gebe es auch liberale muslimische Stimmen. Diese Minderheit plädiert laut Khorchide schon seit Jahren dafür, Vielfalt anzuerkennen. Viele jedoch trauten sich nicht, das Thema sexuelle Vielfalt anzusprechen. Sie erlebten mitunter auch Morddrohungen.

© KNA

Bild von wal_172619 auf pixabay

Stand: 13. November 2026